



Elke Alsaço: Systemrelevant und ausgenutzt

Frank Deppe: Nie wieder Krieg und Faschismus!

Beiträge u.a. von

Joachim Rock, Micha Brumlik, Claus-Jürgen Göpfert, Thorsten Schulten, Johannes Specht, Mario Kessler, Roland Schneider, Hinrich Kuhls, Björn Radke



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Italien vor einem Rechtsruck

Italiens Rechte ist optimistisch, bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 25. September die meisten Stimmen zu bekommen. Die Mitte-Links-Parteien haben keine Konzeption, diesen Systemwechsel aufzuhalten.

Ist Xi Jinping ein verängstigter Rüpel?

In der seit Jahrzehnten schwers-ten Krise um Taiwan hat die Volksrepublik China ihre Militärübungen nach rund einer Woche vorerst für abgeschlossen erklärt. Man habe »verschiedene Aufgaben erfolgreich erledigt«, teilte die Volksbefreiungsarmee mit.

Steht die russische Wirtschaft vor dem Kollaps?

Die Bank Rossii, die Zentralbank der russischen Föderation, hat ihre Geldpolitik trotz der Sanktionen gegen das Land nochmals deutlich gelockert. Der Leitzins sinkt um 1,5 Prozentpunkte auf 8,0%. Es ist die fünfte Zinssenkung in Folge. Die Inflationsrate liegt mit ca. 15% zwar hoch, sie geht aber tendenziell zurück. Die Notenbank nutzt daher den Spielraum, um die Wirtschaft zu entlasten.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Was tun gegen Teuerung, Armut und für die Natur?

| | |
|---|----|
| Bernhard Müller: Schafft die Ampel-Koalition Entlastung für alle? | 2 |
| Joachim Rock: Bürgergeld – Abschied von Hartz IV? | 7 |
| Björn Radke: Transformation der Landwirtschaft als gesamtgesellschaftliche Aufgabe | 12 |

Gewerkschaftsmacht national & international

| | |
|--|----|
| Roland Schneider: Zwischen Erosion und Konsolidierung Zur Entwicklung gewerkschaftlicher Organisationsmacht | 18 |
| Thorsten Schulten/Johannes Specht: Was bedeuten 12 Euro Mindestlohn für die Tarifpolitik? Aktuelle Erfahrungen aus dem Gastgewerbe | 24 |
| Claus-Jürgen Göpfert: You can't beat the feeling. Wie Gewerkschafter*innen weltweit um die Rechte der Beschäftigten von Coca Cola kämpfen | 29 |

Forum Gewerkschaften

| | |
|---|----|
| Frank Deppe: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Zum Antikriegstag 2022 | 32 |
| Otto König/Richard Detje: »Schröpfen statt Entlasten« – Widerstand ist angesagt. Gewerkschaften und soziale Bewegungen müssen soziale Proteste anführen | 35 |
| Elke Alsago: Systemrelevant und ausgenutzt. Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Sozialen Arbeit in schwierigen Zeiten | 39 |

Radikalisierungen und Epochenbrüche

| | |
|---|----|
| Hinrich Kuhls: Die Radikalisierung der Brexit-Regierung. Eine neue Premierministerin und die Zuspitzung der Krisen in Großbritannien | 43 |
| Joachim Bischoff: Epochenbruch und die Zukunft des amerikanischen Zeitalters | 49 |

Geschichtsvergessenheit und Geldpolitik

| | |
|--|----|
| Micha Brumlik: Die Documenta – Anlass einer neuen Antisemitismusdebatte | 57 |
| Mario Keßler: Träume und Albträume Die Olympischen Spiele in München 1972 und ihre Folgen | 60 |
| Michael Wendl: Vor dem Ende des Geldkeynesianismus? | 66 |

Impressum | Film

| | |
|--|----|
| Impressum | 59 |
| Gerd Siebecke: Leander Haußmanns Stasikomödie (Filmkritik) | 72 |

Schafft die Ampel-Koalition Entlastung für alle?

von ■ Bernhard Müller



Schulstützende für von Armut betroffene Familien (Foto: dpa)

Die »Koalition der Vernunft« ist seit Wochen auf der Suche nach wirksamer Entlastung für die von der Teuerung beunruhigten Bürger*innen. Steigende Energiepreise und die Gasumlage samt Mehrwertsteuer verunsichern die Menschen wegen der explodierenden Kosten des Lebensunterhalts. Vor allem die FDP blockiert Kompensationen zur Überbrückung der sozialen Kluft. In der Gunst der Wähler*innen kann die Union zulegen, die Grünen liegen deutlich vor den Sozialdemokraten. Die Zufriedenheit mit der Ampel erreicht den bisher schwächsten Wert.

Das ratlose und zögerliche Krisenmanagement lässt die politischen Kräfteverhältnisse erodieren. Die Sozialdemokratie hat den Bonus, der sie in der Bundestagswahl zur stärksten politischen Kraft gemacht hat, aufgebraucht und liegt wieder deutlich unter 20%. Die »Respekt«-Kampagne, der sie ihre Stabilisierung verdankte, hat ihre Überzeugungskraft verloren. Zur Ero-

sion der Ampel gehören auch die rückläufigen Zustimmungswerte der FPD, die sich zwischen 6% und 7% bewegen. Die vorderen Plätze in der Beliebtheitskala nehmen CDU und Grüne ein, die sich gegenüber der Bundestagswahl mit zwischen 25% und 27% deutlich verbessern können.

Obwohl die Koalition unter dem Druck der Folgen des anhaltenden Wirtschaftskriegs gerade im Bereich der sozial-ökologischen Transformation z.T. den Rückwärtsgang einlegen musste, können die Grünen ihre Position behaupten bzw. sogar ausbauen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat dafür eine Erklärung: »Meine Partei hat in der aktuellen Situation immer die Verantwortung vor alles andere gestellt. Dieser Pragmatismus, das Handeln entlang der Notwendigkeiten, hat viele Menschen überrascht, mich nicht. Die Grünen sind aus den Krisen unserer Zeit gegründet worden, um sich in Krisen zu bewähren.«¹

Der Hintergrund für den Vertrauensverlust insbesondere der SPD liegt in einer deutlichen Abschwächung der wirtschaftlichen Leistung und den erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten, die durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und den anschließenden Wirtschaftskrieg einen zusätzlichen Schub erfahren haben. Die Teuerungsrate in Deutschland ist zuletzt zwar leicht auf 7,5% gesunken. Im September laufen aber sowohl das Neun-Euro-Ticket als auch die Benzinsteuer-Rabatte aus. Das dürfte die Inflationsrate auf mehr als 8% steigen lassen.

Hinzu kommt, dass bisher noch nicht alle Preissteigerungen im Großhandel an die Privathaushalte weitergegeben worden sind, und ein weiterer drastischer Anstieg des Gaspreises nicht ausgeschlossen werden kann – insbesondere dann, wenn Russland den Gashahn zudreht. Allein die Gasumlage wird die Inflationsrate ab Oktober voraussichtlich zusätzlich um 1% erhöhen. Dies

stellt auch Haushalte mit mittleren Einkommen vor große Probleme.

Schon jetzt stehen viele Lohnabhängigen- und Sozialleistungsbezieher*innen-Haushalte vor großen Problemen, die sie zur Einschränkung ihrer Konsumausgaben zwingen. »Die Inflation zwingt zum Sparen: 52% der Erwerbspersonen in Deutschland mit Haushaltseinkommen bis 2.000 Euro netto monatlich sehen sich genötigt, auf Nahrungsmittel, Getränke oder Tabakwaren zu verzichten, weil die Preise insbesondere für Energie so stark gestiegen sind. 63% geben zudem an, beim Kauf von Kleidung und Schuhen inflationsbedingt Abstriche machen zu wollen. [...] Der akute Druck, den Konsum zu begrenzen, nimmt zwar mit wachsendem Einkommen ab. Gleichwohl wirkt er weit in die Gesellschaft hinein: Über alle Einkommensgruppen hinweg wollen 39% der Erwerbspersonen künftig weniger Nahrungs- und Genussmittel kaufen. Bei Bekleidung und Schuhen wollen sich 53% einschränken. Je nach Energieart geben überdies 62–73% aller Befragten an, ihren Verbrauch verringern zu wollen. Bei Haushalten mit niedrigen Einkommen ist der Anteil deutlich höher.«² Kommen jetzt noch weitere Belastungen durch Gas- und Stromabrechnungen und die Gasumlage ins Haus, geraten viele Haushalte in eine existentielle Notlage.

Wir sind also als einer Folge der »Zeitenwende« mit einer wachsenden sozialen Kluft konfrontiert: Teile der Bevölkerung spüren den Wohlstandsverlust, denn die Lasten in dieser Krise sind höchst ungleich verteilt. Das räumt auch der Bundeswirtschaftsminister ein: »Ein Teil der Verbraucherinnen und Verbraucher, nämlich die mit niedrigen Einkommen, gerät wirklich in Not, während ein wohlhabender Teil die hohen Preissteigerungen ohne spürbare Einbußen wegstecken kann. Das Gleiche gilt für die Unternehmen. Ich sehe das als Gerechtigkeitsfrage. Aber das macht die Lage umso bedrückender.«³ Wir stehen also vor einem »Verteilungskampf um die Kosten der Krise und staatliche Unterstützung«.⁴ Die offene Frage ist, welche Formen dieser annehmen wird und damit, wie die Bürger*innen auf die existentielle Bedrohung ihrer Lebensverhältnisse reagieren.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bemühte auf seiner Jahrespressekonferenz den Refrain der Hymne, die im Stadion an der Anfield Road des FC Liverpool ihren Ursprung hat und inzwischen auch in bundesdeutschen Fußballstadien vor allem in schwierigen Spielsituationen oder bei der Verabschiedung von Spielern angestimmt wird: *You'll Never Walk Alone*. Er wollte damit – ähnlich der Aufforderung, alle mögen sich unterhaken – seinen Willen bekräftigen, soziale Härten abzufedern. Im Zusammenhang mit dem geplanten nächsten Entlastungspaket möchte er Kanzler aller Deutschen sein.

Das Gesamtpaket, das die Bundesregierung vorlegen werde, solle alle Bevölkerungsgruppen einschließen. Niemand werde alleingelassen, niemand vor unlösbare Probleme gestellt, keiner müsse die Herausforderungen, die mit den gestiegenen Preisen verbunden seien, allein schultern. Man werde sowohl Empfänger*innen von Unterstützungsleistungen als auch Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen, aber auch Rentner*innen und Student*innen helfen. Trotz der geplanten weiteren Entlastungen geht auch der Bundeskanzler davon aus, dass die Schuldenbremse im kommenden Jahr eingehalten wird. Eine Übergewinnsteuer und/oder eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes wird es nicht geben. Und Scholz unterstützt die Pläne von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) zum Abbau der sogenannten kalten Progression im Steuersystem, was auf eine höchst unterschiedliche Entlastung der sozialen Schichten hinausläuft.

Der Kanzler sucht die Gemüter in der Koalition damit zu beruhigen, dass alles Nötige seriös finanziert werden könne. Deutschland sei ein Sozialstaat, der in dieser Situation auch »wirksam« sein müsse. Die Bürger*innen wüssten durchaus, dass es nicht einfach werde. In »Gemeinschaftsleistung der gesamten Koalition« würden über die schon beschlossenen Entlastungen hinaus weitere beschlossen: »Wir bereiten uns vor und helfen den Bürgern.«

Bei allem mit immer neuen Bildern garniertem Optimismus von Olaf Scholz kann angesichts dieser Rahmensetzung nicht ausgeblendet werden, dass der

Streit innerhalb der Bundesregierung wächst, welche Gruppen von einem Entlastungspaket profitieren sollten. Und seine Partei, die Sozialdemokratie, droht dabei weiter unter die Räder zu geraten.

Die Freidemokraten wollen die Ausgaben des Bundes so begrenzen und im Zweifelsfall kürzen, dass die Einhaltung der Schuldenbremse im kommenden Jahr zur obersten Priorität wird. Zugleich will Finanzminister Lindner die Einkommensteuer um die »kalte Progression« bereinigen. Allein diese Maßnahme würde den Bund knapp zehn Mrd. Euro im Jahr kosten, wovon acht Mrd. Euro den oberen 30% der Gutverdienenden zugutekommen, zwei Milliarden Euro für die »arbeitende Mitte« und so gut wie gar nichts für die 30% der Einkommensschwächsten.

»Kalte Progression« heißt, dass mit steigenden Einkommen die Steuerbelastung zunimmt, auch wenn durch die Inflation die Kaufkraft nicht gestiegen ist. Dies auszugleichen, ist im Prinzip sinnvoll und nötig. Doch die Frage ist, für wen und wieviel? Die hohen Preissteigerungen besonders bei Energie und Lebensmitteln belasten die ärmeren Haushalte am stärksten, sie haben am wenigsten von dem »Inflationsausgleichsgesetz«. Auch viele normal Verdienende kommen kaum noch über die Runden. Reiche Haushalte haben dagegen Reserven, kommen auch ohne Steuersenkungen klar – und profitieren am meisten. Lindner will Personen mit Bruttomonatseinkommen über 6.000 Euro 2023 mit über 500 Euro entlasten und 2024 mit weiteren 260 Euro. Paare mit zusammen über 12.000 Euro sparen das Doppelte. Bei 3.000 Euro brutto im Monat ist die Entlastung nur ein Drittel so hoch, bei 2.000 Euro nur ein Fünftel.

Bernhard Müller ist Redakteur von Sozialismus.de.

¹ Robert Habeck, »Das ist ein großer Kraftakt«, Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 13.8.2022.

² »Weniger auf dem Teller wegen hoher Preise«, Böckler Impuls 12/2022. Siehe dazu auch: Jan Behringer, Sebastian Dullien: Energiepreisschock: Besonders Geringverdiener wollen Konsum deutlich einschränken. Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung, IMK Policy Brief Nr. 125, Juni 2022.

³ Habeck a.a.O.

⁴ Marcel Fratzscher, Diesen Triumph sollten wir Wladimir Putin nicht gönnen, Blog Marcel Fratzscher vom 1. August 2022.

tel. Wer so wenig Geld hat, dass keine Einkommensteuer anfällt, hat gar nichts davon.

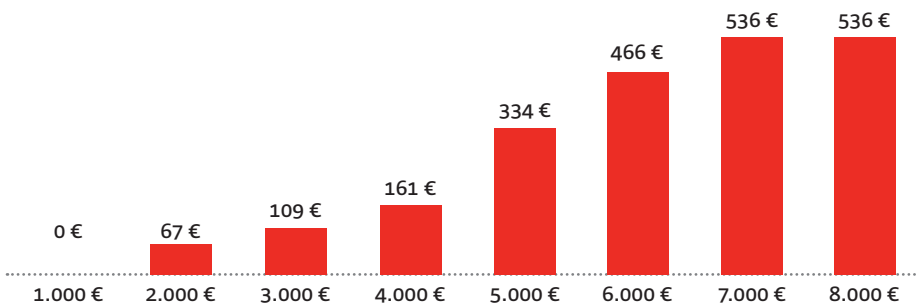
Nach Einschätzung des Mitgliedes des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Veronika Grimm passen die Pläne von Lindner zur Entlastung der Steuerzahler*innen nicht in die Zeit. »Eine Reform, bei der nominal die Besserverdienenden mehr gewinnen, kommt einfach zum falschen Zeitpunkt«, sagte sie der *Rheinischen Post*. Prinzipiell sei es zwar richtig, die kalte Progression auszugleichen und die Mitte der Gesellschaft angesichts der hohen Inflation zu entlasten. »Andererseits brauchen wir zurzeit eine Entlastung vorwiegend der unteren und mittleren Einkommen, die die Härten durch die Preissteigerungen nicht allein tragen können.« Man müsse versuchen, zielgerichtet untere und mittlere Einkommensgruppen zu entlasten, bis in die Mitte der Gesellschaft, »Entlastungen mit der Gießkanne, wie etwa beim Tankrabatt oder einer Mehrwertsteuersenkung, sind nicht angezeigt«.

Auch der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, bezeichnete die Pläne als »sehr unausgewogen«. »70% davon kommen den 30% mit den höchsten Einkommen zugute«, sagte er in den ARD-Tagesthemen. »Menschen mit geringen Einkommen, die keine oder wenig Einkommensteuer zahlen, bekommen praktisch gar nichts davon.« Diese Menschen seien von der Inflation aber besonders betroffen.

Die Verlierer*innen im Verteilungskampf

Zu den Verlierer*innen des Verteilungskampfes, der sich angesichts neuer Problemlagen zuspitzen wird, gehören schon bisher die Armen. Laut Paritätischem Armutsbericht 2022 hat die Armutsquote im vergangenen Jahr einen Höchststand von 16,6% erreicht. Zu ähnlichen Befunden kommt die Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2021 in der EU. Danach waren im Jahr 2021 rund 13 Millionen Menschen in Deutschland armutsgefährdet. Das entspricht 15,8%

Abb. 1: Entlastungswirkung des Lindner-Vorschlags im Jahr 2023
Bruttoeinkommen im Monat (Single)



Quelle: ver.di, Handelsblatt auf Basis Berechnungen Prof. Hechtner

der Bevölkerung. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren lag bei 16,2%.

Untergliedert nach Haushaltstypen sind vor allem Alleinerziehende sowie Alleinlebende von Armut bedroht. Im Jahr 2021 war mehr als ein Viertel der Personen in Haushalten von Alleinerziehenden (26,6%) armutsgefährdet. Bei den Alleinlebenden waren es 26,8%. Differenziert nach dem überwiegenden Erwerbsstatus von Personen ab 18 Jahren war im Jahr 2021 in der Gruppe der Arbeitslosen mit 47% fast jede/r Zweite armutsgefährdet. Bei den überwiegend Erwerbstätigen betrug der Anteil dagegen nur 8,6%. Bei Ruheständler*innen lag die Armutsgefährdungsquote bei 19,3%.

Als Folge von sich verfestigender und ausweidender Armut sind so viele Menschen wie nie zuvor in Deutschland auf die Tafeln angewiesen. Eine Umfrage unter den bundesweit 962 Einrichtungen ergab laut dem Dachverband Tafel Deutschland, dass die Zahl der Kund*innen seit Jahresbeginn um etwa die Hälfte gestiegen sei. »Damit suchen deutlich über zwei Millionen armutsbetroffene Menschen Unterstützung bei der Ehrenamtsorganisation – so viele wie nie zuvor.«

Fast jede fünfte Tafel gab bei einer Umfrage im Juni an, Lebensmittel an doppelt so viele oder noch mehr Menschen als vor einem halben Jahr zu verteilen. Mehr als 60% der Tafeln verzeichnen einen Zuwachs von bis zu 50%. Zu den neuen Kund*innen zählten neben Geflüchteten aus der Ukraine, vor allem viele Arbeitslose, Geringverdiener*innen und Rentner*innen. Jede dritte Tafel musste

einen Aufnahmestopp einführen. Es fehlten Lebensmittel oder Ehrenamtliche, um allen zu helfen, die nach Unterstützung fragten. »Die Tafeln sind am Limit«, unterstreicht Jochen Brühl, Vorsitzender des erwähnten Dachverbands. »Wir sehen deutlich, dass es den Menschen jetzt am Nötigsten fehlt und rufen weiterhin zu Spenden für die Tafeln auf.« Eigentlich müsse der Staat für die Versorgung der Menschen sorgen und nicht das Ehrenamt. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) forderte die Ampel-Koalition deshalb dazu auf, mit weiteren Entlastungsmaßnahmen gezielt Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen zu unterstützen. Der Hilferuf der Tafeln sei »ein echtes Armutszeugnis für Deutschland«.

Sozialleistungsempfänger*innen und auch Niedriglöhner*innen werden durch die drastisch steigenden Lebenshaltungskosten besonders belastet – das wird im neuen IMK Inflationsmonitor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung⁵ besonders deutlich. Zwar sei die allgemeine Inflationsrate in Deutschland zuletzt leicht auf 7,5% gesunken, aber Familien mit niedrigerem Einkommen tragen mit 8,4% im Juli weiterhin eine deutlich überdurchschnittliche Belastung, während Singles mit hohem Einkommen mit 6,4% die geringste Teuerungsrate aufweisen. Wenn demnächst die Inflation zusätzlichen Schub erhält, weil 9-Euro-Ticket und Tankrabatt auslaufen und die Gasumlage eingeführt wird, dürfte die soziale Schere bei den Belastungen noch weiter aufgehen.

Die vom Bundesfinanzministerium vorgeschlagenen Steuerentlastungen

Tabelle 1: Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im Juli 2022

| Inflationsbeiträge in Prozentpunkten | Paar, 2 Kinder 2.000– 2.600 € | Paar, 2 Kinder 3.500– 5.000 € | Alleinlebende < 900 € | Alleinlebende ≥ 5.000 € |
|--------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------|----------------------------|
| Nahrungsmittel, Getränke, Tabak | 2,7 | 2,1 | 2,6 | 1,0 |
| Miete, Nebenkosten, Instandhaltung | 0,5 | 0,6 | 0,7 | 0,6 |
| Haushaltsenergie | 3,1 | 2,1 | 3,9 | 1,6 |
| Kraft- und Schmierstoffe | 1,1 | 1,1 | 0,4 | 0,7 |
| Verkehr ohne Kraftstoffe | -0,4 | 0,3 | -1,0 | 0,1 |
| Freizeit und Kultur | 0,4 | 0,7 | 0,4 | 0,9 |
| Übrige Konsumausgaben | 0,9 | 1,1 | 0,8 | 1,5 |
| Inflationsrate in % | 8,4 | 8,1 | 7,7 | 6,4 |

Inflationsbeiträge summieren sich ggf. rundungsbedingt nicht zur Inflationsrate. Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK.

mildern die soziale Schieflage nicht, warnen Sebastian Dullien und Silke Tober vom IMK: »Denn damit würde gerade jenen Personen wenig oder gar nicht geholfen, die nach den Ergebnissen unserer Forschung besonders stark belastet sind. Am stärksten entlastet würde hingegen der Personenkreis mit höheren Einkommen, der im Verhältnis weniger unter der Inflation leidet.« Das würde die soziale Komponente in der Entlastungspolitik der Bundesregierung deutlich schwächen.

Eine Entlastungswirkung ist durchaus gegeben, allerdings mit deutlichen Einschränkungen: Aktuell fangen die beiden beschlossenen Entlastungspakete beispielsweise bei Alleinlebenden, die Grundsicherung bekommen, 90% der für dieses Jahr absehbaren Preisschübe bei Energie und Nahrungsmitteln ab, bei Familien mit zwei Erwerbstätigen und niedrigem Einkommen sind es 64%. Rentner*innen werden jedoch auch bei kleinem Einkommen kaum entlastet. »Die Bundesregierung sollte bei weiteren Entlastungen die soziale Balance nicht schwächen, sondern weiter verstärken und bisherige Lücken schließen«, betont IMK-Direktor Dullien. Dazu geeignet wären etwa eine weitere Energiepauschale für alle Haushalte sowie ein Preisdeckel für einen Grundverbrauch beim Gas.

Neben den ärmeren Familien sind auch Familien mit zwei Kindern und mittlerem Einkommen sowie Alleinerziehende mit mittlerem Einkommen überdurchschnittlich von der Teuerung belastet. Tober und Dullien charakterisieren die bisherigen Entlastungspakete der Bundesregierung als »sozial ausgewogen mit Nachbesserungsbe-

darf«. Sie veranschlagen beispielsweise für eine durchschnittliche vierköpfige Familie mit zwei Erwerbstätigen und niedrigem Haushaltseinkommen für das Gesamtjahr 2022 eine Entlastung um 1.060 Euro, während diese Familie trotz der Entlastungen bei Strom, Kraftstoffen und im öffentlichen Nahverkehr von Januar bis Juli insgesamt 826 Euro zusätzlich für Haushaltsenergie, Kraftstoffe und Lebensmittel ausgeben musste. Auf das Gesamtjahr gerechnet gehen die Forschenden davon aus, dass die staatlichen Hilfen die zusätzlichen Preisschübe bei Energie und Lebensmitteln für solche Familien zu 64% ausgleichen. Bei Familien mit zwei Erwerbstätigen und mittlerem Einkommen sind es 54%, bei Alleinlebenden im Grundsicherungsbezug oder mit sehr niedrigem Erwerbseinkommen sind es 90 bzw. 75%. Schwächer fällt die Entlastungswirkung bei Alleinerziehenden und Familien mit mittlerem Einkommen aus, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist (48 bzw. 44%).

Haushalte von Nicht-Erwerbstätigen mit geringem Einkommen haben bisher kaum Entlastung erfahren, sofern sie keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben oder diesen nicht geltend machen. So werden bei einer/m alleinlebenden Rentner*in mit einem Nettoeinkommen von unter 900 Euro nur 10% der zusätzlichen Belastung kompensiert. Nur, wenn ein Wohngeldanspruch besteht und daher der Heizkostenzuschuss in Höhe von 270 Euro in Anspruch genommen werden kann, erhöht sich die Entlastung auf 46% der Belastung. Selbst wenn die Jahresinflationsrate nicht höher als 6,9% ausfallen sollte, »besteht daher ein dringender Nachbes-

serungsbedarf im Bereich niedriger Einkommen, die oberhalb der Grenze für Sozialleistungen liegen.«

Vor einem »heißen Herbst«?

Während der Bundeskanzler und auch der SPD-Chef Lars Klingbeil Lindners geplante Steuerentlastungen als Teil eines Gesamtpakets akzeptieren, macht Wirtschaftsminister Habeck Einwände geltend. Die »kalte Progression« sei zwar für viele Menschen ein Ärgernis. »Aber die Frage ist, welches Problem müssen wir in diesem Herbst prioritär lösen? Reiche Haushalte und Menschen mit geringeren Einkommen zahlen die gleichen hohen Energiepreise. Nur: Reiche können das verkraften. Wer wenig verdient, nicht. Wir sollten also nach dem Prinzip handeln, dass kleinere Einkommen absolut mehr profitieren als hohe. Wir müssen einen demokratischen Konsens sozialpolitisch absichern.«⁶

Er fordert deshalb, dass wer so wenig Geld habe, »dass er von Sozialtransfers lebt oder Wohngeld bekommt, [...] von den Mehrkosten für Energie durchschnittlich voll entlastet werden (sollte), untere und mittlere Einkommen anteilmäßig. Das ist die Logik, nach der wir agieren sollten. Das gibt uns als Land eine gute Chance, stark und geschlossen aus dem Winter herauszukommen.«

Zur Finanzierung präferiert Habeck vor allem die Einführung einer Übergewinnsteuer. »Wenn Preise steigen, hat der Staat automatisch mehr Einnahmen – etwa die aus den Mehrwertsteuern für Strom und Gas. Die sollten für die Entlastung verwendet werden. Und der Staat könnte noch mehr Geld einnehmen. Es ist ja kein Geheimnis, dass ich meine, manche Konzerne, die allein durch den Krieg hohe Übergewinne machen, können einen stärkeren Beitrag leisten. Ich weiß, dass es dazu eine kritische Diskussion gibt. Aber wenn wir

⁵ IMK-Pressedienst 16.8.2022, Familien mit niedrigem Einkommen weiter am stärksten belastet – Steuererleichterungen helfen Ärmern relativ wenig; Sebastian Dullien/Silke Tober: IMK Inflationsmonitor – Preisanstiege bei Haushaltsenergie und Nahrungsmitteln dominieren Inflationsunterschiede im Juli 2022. IMK Policy Brief Nr. 128, August 2022.

⁶ Habeck a.a.O.

uns fragen, haben wir genug Geld, dann möchte ich darauf verweisen: Da ist Geld. Und zwar Geld, mit dem die Konzerne oder Betreiber von Energieanlagen selbst nicht gerechnet haben. Da sollte doch ein Teil dazu dienen können, Verbraucherinnen und Verbraucher zu entlasten.«

Zugleich verteidigt der grüne Wirtschaftsminister die Einführung der Gasumlage: »Die Umlage ist ungewohnt in Deutschland. Die Alternative wäre gewesen, dass Gasimporteure insolvent gehen und damit die Gasversorgung zusammenzubrechen droht. Unter den politischen Rahmenbedingungen, unter denen diese Koalition arbeitet – keine Steuererhöhungen, nächstes Jahr ein ausgeglichener Haushalt –, ist die Umlage die logische Konsequenz. Auch sie folgt dem Solidarprinzip. Das schließt ein, dass der Staat darüber nicht noch zusätzlich Mehrwertsteuern einnehmen sollte. Da sind wir uns einig und werden diesen Punkt lösen.«

Innerhalb der Ampel gibt es also reichlich politischen Zündstoff bei der Bewältigung der Krisenkonstellation, wobei unklar bleibt, wie Lösungen gefunden werden können, die den Interessen von Lohnabhängigen und Sozialleistungsempfänger*innen gerecht werden. Die von Bundeskanzler Scholz ins Spiel gebrachte Absenkung der Steuer auf Gas (und Gasumlage) von bisher 19% auf 7% sehen Sozialverbände und Gewerkschaften kritisch.

Für DIW-Präsident Fratzscher klingt die Mehrwertsteuersenkung auf Gas erst einmal gut, »lässt aber eher vermuten, dass die Bundesregierung keine Strategie hat, wie sie Menschen zielgenau entlasten kann und Anreize für Einsparungen setzen will«. Es stelle sich die Frage, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, die Bundesregierung hätte die Gasumlage selbst bezahlt und nicht lediglich zusätzliche Bürokratie und Unsicherheit geschaffen.

Das Absenken der Mehrwertsteuer auf Gas bedeute Hilfen per Gießkannenprinzip, von denen Menschen mit hohem Einkommen den größten Teil der Hilfen bekommen. »Und sie ist für Menschen mit geringen Einkommen bei weitem nicht ausreichend.« Eine typische vierköpfige Familie, die eine Gashei-

zung hat, werde durch das Absenken der Mehrwertsteuer um circa 500 Euro im Jahr entlastet. Gleichzeitig bedeutet der Preisanstieg in diesem Jahr trotz Absenkung der Mehrwertsteuer einen Anstieg der Gaskosten um 3.600 Euro. »Die bessere Maßnahme sind direkte Transferzahlungen, wie ein Energiegeld von 100 Euro pro Monat und pro Person für Haushalte mit mittleren und geringen Einkommen.«

Auch die Sozialverbände kritisieren die Mehrwertsteuersenkung, sie entlaste alle und durch sie profitierten auch Topverdienende, »die mit der Mehrwertsteuer unsere Sozialsysteme entlasten könnten«. Der Paritätische votiert stattdessen für »gezielte Hilfen für die, die ihre Gasrechnung nicht mehr bezahlen können«.

Der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Werneke, hält die vorübergehende Absenkung der Mehrwertsteuer auf Erdgas ebenfalls für nicht ausreichend: »Zusätzlich notwendig ist die Umsetzung des von uns geforderten Gaspreisdeckels auf den normalen Verbrauch; dieser liegt beispielsweise für eine vierköpfige Familie bei 12.000 Kilowattstunden pro Jahr.« Die Kosten müssten auf dem Niveau von 2021 gedeckelt und für die Energieversorger ausgeglichen werden.

Ob das angekündigte dritte Entlastungspaket die soziale Schieflage der bisherigen Maßnahmen korrigiert, bleibt angesichts der fehlenden Strategie für eine gezielte Entlastung fraglich. Eine weitere Bewährungsprobe in Sachen sozialer Spaltung wird die konkrete Ausgestaltung des Wohn- und auch des Bürgergelds sein.⁷ Auch hier drohen die wirtschaftsliberalen Bremser der FDP die notwendigen Anpassungen etwa der Regelleistungssätze an die steigenden Lebenshaltungskosten möglichst klein zu halten.

Ob es gelingt, der Ampel-Koalition Zugeständnisse im Interesse der prekären Bevölkerungsschichten und der Beschäftigten abzurufen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, sozialer Bewegungen, progressiven Kräften in Sozialdemokratie, den Grünen und der Partei DIE LINKE zustande kommt, um

unter schwierigsten Rahmenbedingungen die Interessen der Benachteiligten und durch die Teuerung besonders Betroffenen offensiv zu artikulieren und politisch wirksam werden zu lassen. Der Wirtschaftswissenschaftler und DIW-Chef Marcel Fratzscher formuliert es so: »Wie gut oder schlecht unsere Gesellschaft und Wirtschaft diese Krise meistern werden, hängt von entscheidenden Fragen ab: wie stark die Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft in den kommenden, schwierigsten Monaten dieser Krise sein wird. Ob die stärksten Schultern bereit sein werden, die größte Last zu tragen. Und: ob die Bundesregierung den politischen Willen und die notwendige Einigkeit haben wird, entschieden zu handeln und Solidarität in den Mittelpunkt ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu stellen.«⁸

Deshalb fordert die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi zu Recht echte Entlastungen: »Wir erwarten von der Politik ein drittes Entlastungspaket, und zwar explizit auch für diejenigen, die keine Arbeit haben: Rentner, Studierende, Arbeitslose. Es ist doch furchtbar, dass Menschen wegen ihrer Strom- und Gasrechnung überlegen müssen, welches Gemüse sie sich noch leisten können. Wir brauchen dringend einen Energiepreisdeckel für Privathaushalte.«

Das würde heißen, dass für jeden Erwachsenen und jedes Kind ein Grundbedarf für Strom und Gas festgelegt wird. Für diese Menge gibt es eine Preisgarantie. Für Energie, die jemand darüber hinaus verbraucht, muss er oder sie mehr zahlen. Damit gibt es eine deutliche Entlastung vor allem für Haushalte mit kleinem Einkommen.

Kommt es zu keiner wirksamen Entlastung, werden die Ampel-Koalition und ihre soziale Basis weiter erodieren. Und wir werden in diesem Fall wachsende Proteste aus der Bevölkerung gegen die existenzbedrohliche Situation im Herbst sehen. Dabei wird es nicht bleiben, denn auch die Rechte wird mit nationalistischen Parolen mobilisieren. Der »heiße Herbst«, so es ihn denn geben wird, stellt alle progressiven Kräfte vor erhebliche Herausforderungen.

⁷ Siehe zu Letzterem den Beitrag von Joachim Rock in diesem Heft.

⁸ Fratzscher a.a.O.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

